



Nr. 30

2. September 2021

Inhalt

Verwaltung

Digitalisierung: Silberbach kritisiert „ewige Baustelle“

Einkommensrunde 2021

**Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst in Hessen:
Schwieriger Start**

Neue Tarifrunde nach Corona-Unterbrechung

**Sozial- und Erziehungsdienst: Tarifvertragliche Regelungen
gekündigt**

dbb jugend

Video-Aktion zur Bundestagswahl: Den Staat stärken – nur wie?

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Niedersachsen

**Bildungsverbände blicken mit Sorge auf das kommende
Schuljahr**

Hamburg

Arbeitsgespräch zur Bezahlung mit Finanzsenator Dressel

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

ifo Bildungsbarometer: Zeit zu handeln

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Ein Zug ist kein Flugzeug: 3G-Regeln in Bahnen abgelehnt

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Politische Gespräche fortgesetzt: Austausch mit Markus Herbrand

aktuell

Informationsdienst des dbb

Namen und Nachrichten



Verwaltung

Digitalisierung: Silberbach kritisiert „ewige Baustelle“

dbb Chef Silberbach fordert endlich mehr Tempo und flächendeckendes Engagement der Politik in Sachen Digitalisierung der Verwaltung und warnt vor massiven Wettbewerbsnachteilen.

„Es kann nicht angehen, dass es eine der stärksten Industrienationen der Welt nicht schafft, ihre öffentliche Verwaltung endlich zu digitalisieren. Weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben Verständnis dafür, dass es auf dieser ewigen Baustelle seit Jahrzehnten nicht vorangeht“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Auftakt des „Zukunftskongress Staat & Verwaltung“ am 31. August 2021 in Berlin. „Wenn das Klein-Klein aus politischen Couleur-Spielchen, Ressort-Hickhack und Zuständigkeitsfragen so weitergeht, steht nicht weniger als die Handlungs- und Leistungsfähigkeit eines wesentlichen Standortfaktors unserer Volkswirtschaft und unseres Gemeinwesens auf dem Spiel“, warnte der dbb Chef eindringlich. Mit einem funktionierenden öffentlichen Dienst stehe oder falle die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – „von der frühkindlichen Betreuung und Bildung über Ausbildung, soziale Sicherung, innere Sicherheit, verlässliche Finanzverwaltung und Gesundheitssystem bis hin zur Infrastruktur: Ohne den öffentlichen Dienst geht gar nichts. Kein sozialer Frieden, keine Konjunktur, kein Wohlstand.“

Als eine wesentliche Ursache für die mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland sieht der dbb den dramatischen Personal- und Ausstattungsmangel in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes. „Aktuell fehlen dem Staat fast 330.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere natürlich im IT-Bereich. Damit sind wir bei der digitalen Transformation meilenweit zurückgeworfen“, so Silberbach. Der demografische Wandel verschärfe dieses Problem zusätzlich. „Wir brauchen Menschen, die die Digitalisierung umsetzen. Sie sind die eigentlichen Verwaltungsexperten und wissen genau, an welchen Schrauben gedreht werden muss. Bei allen geplanten Maßnahmen müssen sie im Mittelpunkt stehen. Ihre Ideen und Erfahrungen sind unabdingbar, um Reformprozesse erfolgreich umzusetzen“, betonte der dbb Chef und benannte einen konkreten Forderungskatalog:

- Es müssen mehr IT-Fachkräfte für den Staat ausgebildet werden. Dafür sollten weitere Ausbildungskapazitäten in

Bund, Ländern und Kommunen geschaffen und innovative Angebote ausgebaut werden. Der vom IT-Planungsrat initiierte eGovernment-Campus als erste webbasierte, bundesweit verfügbare Bildungs- und Weiterbildungsplattform mit Online-Kursen zu aktuellen Themen der Digitalisierung im öffentlichen Sektor ist ein Schritt in die richtige Richtung.

- Die Beschäftigten müssen systematisch durch passgenaue Fort- und Weiterbildungen fit für das digitale Zeitalter gemacht werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist die dieses Jahr gegründete Digitalakademie für den Bund – davon braucht es mehr, insbesondere auch in den Ländern und Kommunen.
- Der öffentliche Dienst muss attraktiver für qualifizierte Nachwuchskräfte werden. Hierzu gehören eine zeitgemäße technische Ausstattung, flexible Arbeitszeitmodelle und eine moderne und innovative Verwaltungskultur ebenso wie eine wettbewerbsfähige Bezahlung und berufliche Perspektiven.
- Die spartenübergreifende Zusammenarbeit in Digitalisierungsfragen muss optimiert werden – vorzugsweise durch eine wie bereits vom Normenkontrollrat vorgeschlagene schlagkräftige Digitalisierungsagentur nach internationalem Vorbild. Die Kompetenzen und Durchgriffsrechte einer solchen Digitalisierungsagentur müssten in einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern festgelegt werden.
- Weniger Perfektionismus: In Deutschland setzen wir digitale Tools meist erst ein, wenn sie zu 110 Prozent geprüft sind. In der Zwischenzeit kommen von allen möglichen Seiten Wünsche, was das Instrument unbedingt noch können muss oder keinesfalls darf. Bis es dann wirklich startet, ist es meist technisch schon veraltet oder so überfrachtet, dass es nicht mehr richtig



funktioniert. Estland und Dänemark starten dagegen, wenn das IT-Projekt zu 60 bis 70 Prozent fertig ist, der Rest ist „learning by doing“.

- Digital-Check für Gesetze: Bundesregierung und Bundestag tun zu wenig dafür, dass die Gesetze, die sie machen, auch zeitnah umsetzbar sind und die Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger nicht frustriert zurücklassen. Zu oft werden komplizierte Regelungen ohne gute digitale Umsetzbarkeit verabschiedet.
- Eine aufgabengerechte und zukunfts-feste Neujustierung der föderalen Zuständigkeiten. Insbesondere mit Blick auf den Katastrophen- und Gesundheitsschutz, Digitalisierung, Bildungsstandards und Innere Sicherheit wären

zentralere Regelungen wünschenswert.

Beim „Zukunftskongress Staat & Verwaltung“, einer Leitveranstaltung des Public Sectors für Digitalen Wandel, diskutierten in einer SPEZIAL-Ausgabe am 31. August 2021 in Berlin Expertinnen und Experten die Herausforderungen, die Politik mit Blick auf Digitalisierung künftig lösen muss, unter dem Motto „Deutschland 2025: Ein serviceorientierter Staat mit einer leistungsstarken digitalen Verwaltung?“. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sprach auf dem Podium u.a. mit dem rheinland-pfälzischen Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Alexander Schweitzer, Markus Richter, IT-Beauftragter der Bundesregierung (CIO Bund) und Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Jens Bormann, Präsident der Bundesnotarkammer und MdB Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag.

Einkommensrunde 2021

Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst in Hessen: Schwieriger Start

„Einen guten öffentlichen Dienst gibt es nicht im Sonderangebot“, mahnte dbb Tarifchef Volker Geyer nach dem Verhandlungsauftakt bei der hessischen Einkommensrunde.

Das hessische Innenministerium hatte kurz zuvor beim Start der Gespräche am 1. September 2021 kein Angebot für eine lineare Einkommenserhöhung im Landesdienst vorgelegt. Vielmehr bezeichnete Innenminister Beuth die gewerkschaftlichen Forderungen als „deutlich überzogen“. Geyer, der für den dbb die Verhandlungen führt, machte hingegen klar: „Angesichts der Umstände – Belastung durch die Corona-Pandemie, hohe Inflation und großer Fachkräftemangel – sind unserer Forderungen nach 5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 175 Euro, absolut gerechtfertigt. Wir werden in den kommenden Verhandlungen deutlich machen, dass Hessen selbst ein großes Interesse an einem innovativen, zukunftsweisenden Tarifabschluss haben muss – und gemeinsam können wir das auch hinbekommen.“

Neben der linearen Einkommensforderung (beziehungsweise des Sockelbetrags) fordert der dbb weitere Verbesserungen für die Beschäftigten. Dazu gehören die Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro monatlich sowie die Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden

im TVA-H und TVA-H Pflege. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen. „Es geht um ein Gesamtpaket, mit dem das Land Hessen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe auf dem Markt bestehen kann“, erklärte Geyer.

Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Landesbundes in Hessen, hatte bereits vor dem Start die Forderungen für die Beamtinnen und Beamten von Land und Kommunen untermauert: „Ein starker Tarifabschluss und dessen systemgerechte Übertragung auf die Besoldung und Versorgung sind unverzichtbare erste Schritte auf dem Weg zu einem fairen Miteinander. Es kann nicht sein, dass ein wirtschaftlich starkes Land wie Hessen immer wieder am öffentlichen Dienst spart. Egal ob Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Verkehr oder einer der zahllosen anderen Bereiche der Daseinsvorsorge: Es muss jetzt investiert werden!“

Mehr Informationen auch unter www.dbb.de/einkommensrunde.



Neue Tarifrunde nach Corona-Unterbrechung Sozial- und Erziehungsdienst: Tarifvertragliche Regelungen gekündigt

Im Sozial- und Erziehungsdienst stehen nach einer pandemiebedingten Auszeit wieder Tarifverhandlungen an: Der dbb hat die tarifvertraglichen Regelungen zum Jahresende gekündigt.

Zum 31. Dezember 2021 hat der dbb die Entgeltordnung (Eingruppierung) sowie die Entgeltregelungen und die Regelungen zum Betrieblichen Gesundheitsschutz/Betrieblicher Gesundheitsförderung im TVöD (VKA) und im TV-AVH für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gekündigt.

Die Tarifrunde 2020 musste aufgrund der Corona-Pandemie unterbrochen werden. „Die Signale der Arbeitgebenden, das Entgelt und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit und in der frühkindlichen Bildung verbessern zu wollen, waren damals mehr als dürrtig. Daher erwarten wir für die kommenden Tarifverhandlungen ein deutliches Zeichen der Anerkennung für diese Berufsgruppen“, machte der gewerkschaftliche Dachverband am 30. August 2021 in Berlin deutlich

und kündigte weitere Informationen zu detaillierten Forderungen und Verhandlungsbeginn an.

Hintergrund

Die in der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebenden vereinbarte Evaluierung hatte im Herbst 2019 stattgefunden. Diese Gespräche dienten der Vorbereitung auf die Tarifrunde 2020, die erstmals in der Friedenspflicht stattfinden sollte. Nach der ersten Verhandlungsrunde mussten die Tarifverhandlungen jedoch pandemiebedingt ausgesetzt werden. Nun wurden die entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zum 31. Dezember 2021 gekündigt.

dbb jugend

Video-Aktion zur Bundestagswahl: Den Staat stärken – nur wie?

Welche Vorstellungen und Zukunftsvisionen haben die im Bundestag vertretenen Parteien mit Blick auf den öffentlichen Dienst? Die dbb jugend hat bei Abgeordneten des Bundestags nachgefragt.

Was braucht ein starker Staat? Wie gestalten wir die Digitalisierung bürgernah und beschäftigtenfreundlich? Welche Rolle spielt Extremismus im öffentlichen Dienst? Insgesamt 28 Interviews mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat die dbb jugend mit Blick auf die Bundestagswahlen 2021 digital geführt. Ihren Fragen stellten sich unter anderem Jens Spahn (CDU), Ralph Brinkhaus (CDU), Andreas Scheuer (CSU), Lars Klingbeil (SPD), Irene Mihalic (B'90/Grüne), Konstantin Kuhle (FDP) und Gökay Akbulut (LINKE).

Das Ergebnis sind drei informative Videobeiträge, die die Positionen der Parteien zur Zukunft des öffentlichen Dienstes beleuchten. Jungen Beschäftigten sollen diese als Orientierungshilfe für ihre Wahlentscheidung dienen. „Mit der virtuellen Fragestunde wollen wir bei den Politiker*innen ein Bewusstsein dafür schaffen, was die jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bewegt und was sie von der

künftigen Bundesregierung erwarten. Gleichzeitig wollen wir jungen Menschen im öffentlichen Dienst einen schnellen und einfachen Zugang zu den Inhalten der Wahlprogramme der Parteien geben und sie ermutigen, am 26. September wählen zu gehen. Sich für die eigenen Belange einzusetzen, ist nicht nur wichtig, sondern macht Spaß. Und das wollen wir vermitteln“, betonte Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend, die die Interviews zusammen mit ihren Stellvertreter*innen Liv Grollik, Philipp Mierzwa und Florian Schütz führte.

Die Videoreihe startete am 30. August 2021 mit der ersten Fragerunde zum Thema „Starker Staat“. In weiteren Videobeiträgen positionieren sich die Abgeordneten unter anderem zur Digitalisierung im öffentlichen Dienst (2. September) sowie zum Wahlrecht ab 16 und Extremismus und Vielfalt im öffentlichen Dienst (6. September). Veröffentlicht werden die Videos jeweils um 17 Uhr auf der Homepage der



dbb jugend sowie auf Facebook, Instagram und YouTube. Mehr zu den Forderungen der dbb jugend gibt es auch auf der Sonderseite

zu den Bundestagswahlen unter www.dbb-jugend.de/Bundestagswahl2021.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Niedersachsen

Bildungsverbände blicken mit Sorge auf das kommende Schuljahr

Die Bildungsverbände im Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion (NBB) blicken angesichts der aktuellen Entwicklungen der Pandemie mit Sorge auf das kommende Schuljahr.

Die Ende August durch die Landesregierung vorgestellte neue Corona-Verordnung hat sich vom bisher geltenden Stufenplan verabschiedet. Die Bildungsverbände im NBB, der Philologenverband Niedersachsen (PHVN), der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL), der Verband Bildung und Erziehung (VBE), der Verband für Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in Niedersachsen (VLWN) und der Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLVN) sehen darin einen radikalen Systemwechsel, dessen Auswirkungen auf die Schulen noch nicht klar absehbar sind.

Nach Bewertung der Bildungsverbände und des NBB ist die Abkehr vom Stufenmodell und Einführung der 3G-Regel, angesichts der veränderten Pandemielage, grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig wird aber nachdrücklich eine einheitliche Vorgehensweise sowohl bei den regionalen Gesundheitsämtern in Niedersachsen als auch auf Bundesebene angemahnt. So dürfe die Corona-Verordnung in Bezug auf Schule nicht zu einem Flickenteppich von Willkürmaßnahmen einzelner Gesundheitsämter für Quarantäne-Fälle und besondere Auflagen führen. Aus diesem Grunde wird seitens der Bildungsverbände ein transparenter Kriterienkatalog eingefordert, der durch die Kultusministerkonferenz möglichst umgehend harmonisiert werden müsse.

Darüber hinaus halten die Bildungsverbände den Weg, maximale Präsenz bei maximaler Sicherheit zu erreichen, für grundsätzlich richtig und unterstützen in diesem Punkt die Leitlinien der Landesregierung. Insbesondere das vereinbarte „Sicherheitsnetz“ in den ersten Schulwochen (Maskenpflicht, verstärkte und regelmäßige Testungen, schnelle und gezielte Quarantänemaßnahmen, Vermeidung unnötiger Kontakte), um mit Augenmaß und Vorsicht den

Unterricht aufzunehmen, wird ausdrücklich begrüßt.

Deutliche Kritik üben die Bildungsverbände aber weiterhin an den Absichtserklärungen und nicht erfüllten Ankündigungen des Kultusministeriums aus, vornehmlich zur Beschaffung geeigneter Schutzvorrichtungen. So gehöre zum maximalen Infektionsschutz auch weiterhin die Möglichkeit zum Einsatz von Luftfilteranlagen in Schulen. Doch dieses politische Versprechen erweise sich zunehmend als „Luftnummer“, da bisher nur wenige Schulen diese Geräte erhalten und aufstellen konnten.

Für einen entscheidenden Weg in der Pandemiebekämpfung halten die Bildungsverbände jedoch vor allem das Ziel, auch Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren die Impfung zugänglich zu machen. Nur eine erhöhte freiwillige Impfbereitschaft, die vor allem durch eine vermehrte Information und Aufklärung der Eltern erreicht werden kann, führe auch zu einer erhöhten Sicherheit. Dabei muss jedoch nach übereinstimmender Auffassung auch die Voraussetzung der Freiwilligkeit gewahrt bleiben. Ein weiterhin großes Problem bestehe nach übereinstimmender Auffassung aller Bildungsverbände nach wie vor im akuten Lehrermangel, der sich mit dem Ergebnis schlechter Unterrichtsversorgung auch auf das kommende Schuljahr wieder massiv auswirken wird. So nehme der Mangel an Fachkräften, insbesondere im Grundschulbereich und in den SEK-I-Schulen, weiterhin dramatisch zu. Nach wie vor sei eine Vielzahl der benötigten Stellen nicht besetzt.

So fordern die Bildungsverbände umgehend längerfristig flankierende Maßnahmen um diesem Problem endlich zu begegnen. Hierzu gehören Programme zur Gewinnung weiterer



Lehrkräfte durch attraktive Nachwuchsgewinnung, mehr Unterstützungspersonal durch Aufstockung der multiprofessionellen Teams, dauerhafte Fördermaßnahmen und finanzielle Unterstützung Benachteiligter. Abschließend erneuern die Bildungsverbände im NBB ihre klare Forderung, die Ausstattung mit digitalen

Medien für alle Schulformen endlich zu forcieren, sowie Konzepte zum digitalen Unterricht und Homeschooling verbindlich mit einheitlichen Standards für alle Schulformen zu entwickeln.

Hamburg

Arbeitsgespräch zur Bezahlung mit Finanzsenator Dressel

Musterklagen und Einkommensrunde: dbb hamburg Landesbundvorsitzender Rudolf Klüver und sein Stellvertreter Michael Adomat sprachen mit Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel.

Hinsichtlich der Auseinandersetzung um eine amtsangemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten in Hamburg und der damit im Zusammenhang stehenden absehbaren Klagewelle vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Hamburg schlug der dbb hamburg erneut vor, Musterklagen zu führen. So soll zur Entlastung der Verwaltungsgerichte je einen Fall pro Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A als Musterklagen eingereicht werden, an denen sich alle anderen Kläger*innen orientieren beziehungsweise sich die Begründungen der Musterklagen zu eigen machen können. Damit könnten alle anderen zu erwartenden Klagen der Beschäftigten zunächst ruhend gestellt und der Ausgang der „Musterklagen“ abgewartet werden. Davon ab arbeitet der dbb hamburg nach wie vor an einer Musterklageschrift, die allen dbb-Mitgliedern zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt wird. Mit der Erteilung der Widerspruchsbescheide durch das Personalamt ist ab Ende September 2021 zu rechnen. Weitere Infos dazu sollen folgen,

teilte der dbb hamburg am 26. August 2021 mit.

Ebenso Thema war die im Herbst 2021 anstehende Einkommensrunde für die Tarifbeschäftigten der Länder. Hier machte Michael Adomat, der auch Vorsitzender der Landestarifkommission ist, deutlich, wo die Schwerpunkte des dbb in Hamburg liegen, wie beispielsweise die stufengleiche Höhergruppierung, die im Bereich des TVöD bereits seit längerem praktiziert und angewendet wird. Der dbb hamburg warnte auch ausdrücklich vor dem Ansinnen der Arbeitgeberseite, den Arbeitsvorgang neu zu definieren, was die Möglichkeit eröffnen könnte, Herabgruppierungen vorzunehmen. Dies wäre ein Affront gegenüber der gesamten Belegschaft des öffentlichen Dienstes und werde gewerkschaftsseitig nicht akzeptiert.

Weitere Informationen gibt es unter [dbb-hamburg.de](https://www.dbb-hamburg.de).

Verband Bildung und Erziehung (VBE) ifo Bildungsbarometer: Zeit zu handeln

„Die ifo-Ergebnisse offenbaren einmal mehr die dramatischen Versäumnisse der Politik vor und während der Corona-Pandemie im Hinblick auf eine nachhaltige, ausreichende und krisenfeste Ausstattung unseres Bildungssystems.“

Das sagte der VBE Bundesvorsitzende anlässlich der Veröffentlichungen des ifo Bildungsbarometers am 31. August 2021. „Das, was die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erwartet – gelingenden Onlineunterricht bei Schulschließungen, besondere Förderangebote für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, passgenaue digitale Fortbildungen für Pädagoginnen

und Pädagogen – wünschen sich die Lehrerinnen und Lehrer seit Langem, wie unsere repräsentativen Umfragen zeigen. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist Aufgabe der Politik. Sie hat aber nicht geliefert, obwohl der VBE die Defizite immer wieder klar benennt“, so Beckmann.



„Allein zur notwendigen Digitalisierung von Schule haben wir gegenüber der Politik frühzeitig und wiederholt konkrete Forderungen formuliert, die Schule in die Lage versetzen, einen guten Onlineunterricht sicherzustellen. Dass das Schulsystem in Deutschland immer noch nicht flächendeckend – weder technisch noch inhaltlich – die Umsetzung eines integrierten, onlinegestützten (Fern-)Unterrichtes sicherstellt, ist ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen. So ist etwa eine funktionierende digitale Grundausstattung, genauso wie die Bereitstellung stabiler, rechts- und datenschutzsicherer Plattformen, die leicht bedienbar und hochperformant sind, immer noch nicht überall Realität. Dass Lehrkräfte in allen Phasen der Lehrkräfteaus-, fort- und -weiterbildung bedarfsgerechte, digitale Qualifizierungsangebote brauchen – auch das ein Ergebnis der ifo-Befragung – mahnen wir ebenfalls immer wieder an. Denn Lehrkräfte sind hierfür bereit und wollen solche Angebote wahrnehmen. Fast drei Viertel bilden sich sogar privat weiter, wie eine vom VBE in Auftrag gegebene forsa-Umfrage zeigt. Die Realität ist aber auf fast allen Ebenen: Vielfach versprochene Investitionen der Politik werden immer noch viel zu häufig unzureichend oder verzögert umgesetzt“, erläuterte der VBE Chef.

„Dass gerade besonders förderbedürftige Schülerinnen und Schüler aus schwierigeren sozioökonomischen Hintergründen besondere Förderung brauchen – so ein weiteres Ergebnis des ifo-Barometers –, sehen wir genauso. Es braucht mehr niedrigschwellige Angebote, sowohl schulseitig beim Abruf von Fördergeldern als auch beim Zugang zu solchen Angeboten für Schülerinnen und Schüler. Die Förderangebote müssen vor allem nachhaltig sein. Die Herkulesaufgabe Bildungsgerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, die eine integrierte Förderkulisse aus verzahnten, integrierten Angeboten braucht, vor allem in, aber nicht nur an Schule. Das haben wir unter anderem durch unsere Position „Kinder in Not“ deutlich gemacht. Ansonsten wird sich Bildungsungerechtigkeit in Deutschland weiter manifestieren. Speziell an Schule braucht es dringend – das hat nicht erst die Corona-Pandemie offenbart – multiprofessionelle Teams, also Schulgesundheitsfachkräfte, Schulpsychologinnen und -psychologen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Nur so kann ein notwendiges Netzwerk individueller Unterstützung und Förderung realisiert werden“, so Beckmann.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

„Ein Zug ist kein Flugzeug“: 3G-Regeln in Bahnen abgelehnt

Die DPoIG hat ihre ablehnende Haltung zu den Plänen des Kanzleramts bekräftigt, den Personentransport in Zügen nur noch genesenen, geimpften oder getesteten Personen zu gestatten.

„Das ist jenseits der Lebenswirklichkeit“, kritisierte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 29. August 2021. Er sehe keine Möglichkeit, Reisende vor dem Einstieg in einen Zug zu kontrollieren. „Was schon in Zeiten höchster Terrorgefahren nicht realisiert werden kann, wäre auch jetzt nicht durchführbar, zumal die Bahn das dafür erforderliche Personal nicht einmal ansatzweise zur Verfügung hat“, so Wendt.

Dass die Bundespolizei diese Kontrollen durchführt, lehnt auch der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Heiko Tegatz ab: „Ein Zug hat viele Eingänge, es ist ein Ding der Unmöglichkeit, auf über 5.000 Bahn-

höfen auf jedem Bahnsteig in Deutschland Polizeikräfte bereitzuhalten, die alle Fahrgäste im Blick haben. Ein Zug ist nun einmal kein Flugzeug, bei dem man vor dem Einstieg alle Passagiere kontrolliert.“

Auch sporadische Kontrollen während der Fahrt dürften massive Widerstände hervorrufen, die sowohl das Begleitpersonal in den Zügen als auch die Bundespolizei vor große Herausforderungen stellen. „Wir müssen uns auf die notwendigen Maßnahmen zur Terrorabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und Grenzsicherung konzentrieren, solche Gedankenspiele aus dem Kanzleramt verunsichern die Bevölkerung zusätzlich“, so Tegatz.



Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Politische Gespräche fortgesetzt: Austausch mit Markus Herbrand

Zum Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestags kamen am 25. August 2021 der Bundestagsabgeordnete Markus Herbrand (FDP) und der stellvertretende BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel, zu einem konstruktiven Austausch zusammen.

Der Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags sei in seiner Funktion als Berichterstatter für den Zoll und die Geldwäschebekämpfung ein verlässlicher Ansprechpartner des BDZ, teilte die Gewerkschaft mit. Liebel dankte Herbrand für die Unterstützung im Interesse der Zöllnerinnen und Zöllner während der noch laufenden Legislaturperiode und vor allem für die offenen Diskussionen zu den Herausforderungen des Zolls.

Dazu gehören aus Sicht von Herbrand sowohl stellenmäßige Investitionen als auch attraktivitätssteigernde Maßnahmen für flexiblere Fortkommensmöglichkeiten von Beamten/innen und Tarifbeschäftigten gleichermaßen. Drin-

genden Nachholbedarf sieht der Finanzpolitiker auch bei den Rahmenbedingungen der Einsatzkräfte des Zolls, zum Beispiel bei der Verfügbarkeit von Smartphones oder der technischen Fortentwicklung von IT-Fachverfahren des Zolls. Beide Gesprächspartner stimmten darüber ein, dass beim dringend erforderlichen Ausbau der Digitalisierung auch die Anwendung künstlicher Intelligenz nicht zu kurz kommen dürfe. Die Aufgabenbreite der Zollverwaltung biete hierzu aufgrund der Massendatenverarbeitung und -analyse in verschiedensten Organisationseinheiten entsprechendes Potenzial.

Weitere Informationen unter bdz.eu.

Namen und Nachrichten

Die DPVKOM hat am 1. September 2021 ihre diesjährige Betriebsrätekonferenz in Frankfurt am Main begonnen. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Niels-Lund Trebitz (Bundessprecher der Betriebsräte). Nach seinem Grußwort stellte sich Staatssekretär des Hessischen Ministeriums für digitale Strategie und Entwicklung Patrick Burghardt (CDU) den kritischen Fragen der Teilnehmenden. Insbesondere die Themen Koalitionsfreiheit und befristete Arbeitsverträge wurden diskutiert. Zuvor

hatte die DPVKOM Bundesvorsitzende **Christina Dahlhaus** die anwesenden Funktionsträger eingeschworen und mit Blick auf die anstehenden Betriebsratswahlen 2022 die entscheidenden Themen für die Beschäftigten benannt: „Es geht um die zunehmende Arbeitsverdichtung und den wachsenden Stress. Ob im Call-center, im Home-Office oder auf Zustellung, die Arbeit muss schaffbar sein und es auch ein Erwerbsleben lang bleiben.“



Termine:

7. September 2021

Pressekonferenz zur dbb Bürgerbefragung 2021

mit dbb Chef Ulrich Silberbach und forsa Geschäftsführer Manfred Güllner
Themen sind u.a. Beamtenimage, Berufe-Ranking, „Was wählt der öffentliche Dienst?“

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“

Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde